

Wuppertal als Kommune der Zukunft

Digitalisierung kann unser Leben erleichtern und uns helfen, das Klima zu schützen. Wir wollen das Potenzial der Digitalisierung nutzen, um die Bürger*innen in der Stadt besser an der Entwicklung der Stadt zu beteiligen. Diese Beteiligung soll inklusiv und einfach zugänglich sein. Aber auch außerhalb der städtischen Verwaltung wollen wir Prozesse anstoßen und unterstützen, die helfen, die Digitalisierung zu gestalten und auch in der digitalisierten Kommune die Grundrechte der Bürger*innen zu schützen. Wir wollen zusammen mit den Einwohner*innen dieser Stadt die Digitalisierung gestalten und uns nicht von ihren Effekten bestimmen lassen!

Datenschutz ist Grundrecht

Datenschutz sichert die Grundrechte der Menschen und ist die Bedingung für die Aufrechterhaltung der individuellen Selbstbestimmung. Deshalb hängt der Erfolg der Digitalisierung maßgeblich vom Vertrauen der Menschen in die Sicherheit und Integrität der informationstechnischen Systeme ab. Die städtische Verwaltung muss hier eine Vorbildrolle übernehmen und Verschlüsselung von Daten und Kommunikation nach hohen Sicherheitsstandards gewährleisten. Die bei der Stadt hinterlegten Daten sollen verschlüsselt gespeichert werden, so dass ein widerrechtlicher Zugriff auf die Server die Daten nicht sofort verfügbar macht.

Wir wollen Unternehmen in Wuppertal unterstützen, Datenschutz und Datensicherheit gewährleisten zu können und zu verbessern. Denn auch kleine und mittlere Unternehmen müssen ihren Kund*innen eine sichere Verwaltung und Verarbeitung der Geschäftsdaten bieten können. Dazu wollen wir eine Beratung einrichten, die so ähnlich wie die Energieeffizienzberatung für Hausbesitzer*innen aufgebaut ist. Diese kann dann zusammen mit den Unternehmen Handlungsoptionen für mehr Datenschutz entwickeln und bei der Umsetzung unterstützen.

Nachhaltige Smart City Wuppertal

Wuppertal ist Modellkommune für Digitalisierung und will eine „Smart City“ sein. Dazu gehört eine verstärkte Nutzung digitaler Technologien sowohl durch die Verwaltung als auch in der Stadt insgesamt. Erreicht werden soll ein wirklich „smarter“ Einsatz dieser Technologien im Sinne einer gemeinwohlorientierten, nachhaltigen Entwicklung der Stadt, der nicht primär von der Verfügbarkeit von Technologien und den Initiativen der Technologiekonzerne getrieben ist. Wir wollen für Wuppertal eine SmartCity Strategie, die Digitalisierung systematisch in den Dienst der Nachhaltigkeit stellt.

Offene Daten für eine offene Verwaltung

Offene Daten, wie zum Beispiel Planungsdokumente, statistische Erhebungen oder Sitzungsprotokolle, bedeuten offenen Zugang zu Wissen. Sie ermöglichen mehr Teilhabe der Bürger*innen, die sich so jederzeit einfach umfassend informieren können. Offene Daten in der Kommune sind ein wichtiges Element einer transparenten Verwaltung. So wird die kommunale Demokratie gestärkt und Bürger*innen können effizient beteiligt werden. Darüber hinaus ermöglichen offene Daten eine mehrwertstiftende Nutzung, etwa durch Universitäten und Nichtregierungsorganisationen.



Wuppertal ist hier mit seinem Portal für offene Daten und seinem Geoportal auf dem richtigen Weg und arbeitet dabei intensiv mit der Zivilgesellschaft zusammen. Sowohl in der nutzer*innenfreundlichen Darstellung als auch dem Umfang der zur Verfügung gestellten Daten ist jedoch noch Luft nach oben, nur Bruchteile der Daten der Verwaltung sind verfügbar. Um das bestehende Angebot an offenen Daten kontinuierlich zu erweitern und aktuell zu halten, müssen zusätzliche Ressourcen bereitgestellt und alle Teile der Verwaltung verpflichtend einbezogen werden. Als Leitlinien können die "Zehn Prinzipien offener Verwaltungsdaten" dienen:

Zehn Prinzipien offener Verwaltungsdaten (Empfehlung der Sunlight Foundation)

Vollständigkeit – Die Daten zu bestimmten Themen sind so vollständig wie möglich zu veröffentlichen. Die Metadaten, die diese Verwaltungsdaten beschreiben, werden zusammen mit Formeln und Erklärungen zur Berechnung der Daten ebenso mitgeliefert.

Primärquelle – Die Daten werden mit dem höchstmöglichen Feinheitsgrad gesammelt und veröffentlicht und nicht in aggregierten oder modifizierten Formaten.

Aktualität der Daten – Die Daten sollen veröffentlicht werden, sobald sie erhoben und zusammengestellt wurden.

Zugänglichkeit – Die Informationen sollen ohne physische und technische Hürden barrierefrei zugänglich sein. Programmierschnittstellen, die das Herunterladen sämtlicher Daten auf einmal ermöglichen, sowie eine einfache Suche und eine leichte Auffindbarkeit der Daten unterstützen die Zugänglichkeit.

Maschinenlesbarkeit – Es sollen Datenformate verwendet werden, die von einem Rechner weiterverarbeitet werden können. Während z. B. eine PDF-Datei für die Nutzer gut lesbar ist, bleibt sie für eine automatische Weiterverwendung schwer zugänglich. Als maschinenlesbar gelten u. a. die folgenden Formate: .txt, .csv, .json, .xml, .rss.

Diskriminierungsfreiheit – Nach diesem Prinzip soll jede Person zu jedem Zeitpunkt Zugriff auf die Daten haben, ohne sich dabei identifizieren oder eine Rechtfertigung für ihr Handeln abgeben zu müssen.

Offene Standards – Die gespeicherten Daten müssen so zugänglich und lesbar sein, dass keine Notwendigkeit zur Anschaffung einer bestimmten Software und damit verbundener Lizenzkosten besteht.

Lizenzierung – Maximale Offenheit beinhaltet, öffentliche Informationen eindeutig als Werk der Regierung auszuweisen und für die Allgemeinheit ohne Restriktionen oder Auferlegung von Nutzungsbedingungen, die sich als Barrieren auswirken können, zugänglich zu machen.

Dauerhaftigkeit – Die einmal online gestellten Informationen sollen mit einer angemessenen Dokumentation der Versionen online bleiben und über lange Zeit hinweg zu finden sein.

Nutzungskosten – Selbst die Auferlegung von symbolischen Nutzungsgebühren stellt ein Hindernis dar. Die Erhebung von Gebühren kann die Nutzung von Daten ausschließen, so dass weder Wirtschaftswachstum, Steuereinnahmen oder ein sozialer Mehrwert generiert wird.



Die Bereitstellung von Offenen Daten soll auf Landesebene durch ein Transparenzgesetz abgesichert werden.

Städte können den vielfältigen Herausforderungen der Transformationsprozesse in Bereichen wie Demographie, Klimawandel oder Digitalisierung besser begegnen, wenn Bürger*innen und zivilgesellschaftliche Partner*innen aktiv in die politische Gestaltungsprozesse einbezogen werden.

Dialogorientierte Bürger*innenbeteiligung ist ein wichtiges Element einer offenen Verwaltung. Sie beinhaltet eine Beteiligung an der Meinungsbildung, Entscheidung und Gestaltung kommunaler Themen und Aufgaben. Wir wollen deshalb Bürger*innenbeteiligung digital organisieren und so jeder*m möglichst einfach zugänglich machen. Über talbeteiligung.de ist das in gewissem Umfang für einzelne Vorhaben schon möglich. Das Ziel dabei ist eine kooperative Zusammenarbeit zwischen der Stadtverwaltung und der städtischen Zivilgesellschaft.

Es soll ein digitales Bürgeramt entstehen, über das Behördengänge online erledigt werden können. Dies ist in Ansätzen zwar schon jetzt möglich, es soll aber noch einfacher und schneller werden. Als Grundvoraussetzung ist eine Digitalisierung der Verwaltungsakten ebenso notwendig wie eine adäquate Infrastruktur für die Verwaltung.

Digitalisierung an Schulen vorantreiben

Vor allem der Bereich der Digitalisierung darf nicht weiter von den Kommunen ignoriert werden, da sie im Alltag der Schüler*innen längst omnipräsent ist.

Umso wichtiger ist es daher, dass Schulen hier entsprechend ausgestattet und handlungsfähig werden. Dabei endet der Weg hin zu einer digitalen Schule nicht damit, den Vertretungsplan zukünftig digital bearbeiten zu können. Vielmehr sollen Schüler*innen Kompetenzen erlernen, die ihnen einen bewussten Umgang mit digitalen Medien ermöglichen, wie es in den Lehrplänen bereits festgeschrieben ist.

Die Schulen müssen dementsprechend personell und materiell ausgestattet werden.

Dies kann in Form von digitalen Lehrmitteln geschehen oder durch IT-Fachkräfte, welche in den Schulen entsprechend administrieren und unterstützen können.

Digitalisierung für alle!

Digitalisierung muss inklusiv gestaltet werden, da sonst an der Möglichkeit des Zugriffs auf die digitalen Angebote eine Spaltung der Gesellschaft droht. Weder Armut noch Behinderung sollten den Zugriff auf die städtischen digitalen Kanäle verhindern. Dazu sollen unter anderem in den Stadtbibliotheken Geräte zugänglich sein, die auch Menschen mit Handicap die Nutzung des Internets und der digitalen Angebote ermöglichen.

Die digitalen Kommunikations- und Informationsangebote müssen grundsätzlich so gestaltet werden, dass sie für alle verständlich, nachvollziehbar und nutzbar bleiben.

Nicht zuletzt muss auch an die Menschen gedacht werden, die diese Angebote aus den unterschiedlichsten Gründen nicht nutzen möchten oder können. Auch diese Menschen dürfen nicht von der Beteiligung ausgeschlossen werden. Die heute schon bestehenden analogen Angebote müssen deshalb weiterhin beibehalten und verbessert werden.



Digitalisierung für den Alltag

Wir wollen zusammen mit der WSW eine Mobilitätsapp für Wuppertal entwickeln. Diese App soll Routen so planen, dass sie am schnellsten und ökologischsten zurückgelegt werden können. Dabei werden Car- und Bike-Sharing ebenso wie der ÖPNV mit einbezogen und für jeden Abschnitt das günstigste und emissionsärmste Verkehrsmittel ausgewählt. Geeignete Umsteigemöglichkeiten werden ebenso angezeigt. Wir werden darauf achten, dass dabei keine personenbezogenen Verkehrs- und Bewegungsdaten gespeichert werden.

Wir wollen digitale Möglichkeiten nutzen, um die Vernetzung zivilgesellschaftlicher Initiativen und Vereine zu fördern. Dazu wollen wir eine Plattform bereitstellen. Mit Hilfe dieser Plattform sollen die Kontaktdaten von Vereinen und eine kurze Beschreibung der Vereinsabsichten oder der Idee der Initiative hinterlegt werden. Das Portal soll durch die Vereine in Eigenverantwortung dauerhaft gepflegt und aktualisiert werden. Bürger*innen, die sich in der Stadt engagieren wollen oder Unterstützungsangebote suchen, wird damit eine Möglichkeit gegeben, sich über entsprechende Vereine oder Initiativen in Wuppertal zu informieren.

Das App-Angebot für die Stadt muss zeitnah aktualisiert und Open-Source-basiert erweitert werden. Die Stadt-App muss das neue digitale Bürgeramt mit seinen Funktionen abbilden und die Möglichkeiten der immer mitgeführten Smartphones nutzen. So kann z.B. der bisher kaum bekannte Mängelmelder der Stadt integriert werden sowie Fotos von Vandalismus, Schmutz, ungereinigten Wegen, durstigen Bäumen oder verfassungsrechtlich relevanten Schmierereien direkt vom Smartphone übermittelt werden.

Ein flächendeckendes freies WLAN überall in Wuppertal, zum Beispiel über offene WLAN-Netze an Haltestellen, öffentlichen Gebäuden oder über Freifunk-Initiativen ergänzt die Digitalisierung sinnvoll.

WIR SETZEN UNS EIN FÜR:

- offene Verwaltungsdaten
- verschlüsselte Kommunikation innerhalb der Verwaltung und verschlüsselte kommunale Daten
- ein digitales Bürgeramt und eine Plattform zur Vernetzung der Vereine und Initiativen untereinander und mit den Bürger*innen
- eine App, die städtische Routen emissionsarm und benutzer*innenfreundlich plant
- eine Smart City Strategie der Stadt, die sich bei der Digitalisierung am Gemeinwohl und an Nachhaltigkeitszielen orientiert

